

BIG Business Crime

Justizaffäre um die ehemalige Cum-Ex-Ermittlerin

Die beiden Investigativ-Journalisten Sönke Iwersen und Volker Votsmeier beschreiben im Handelsblatt, wie der Chef der Staatsanwaltschaft Köln sowie der Justizminister in NRW versuchen, das Ansehen der ehemaligen Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker, die zwischen 2013 und Mai 2024 im Justizskandal um Cum-Ex ermittelte, systematisch zu beschädigen. Brorhilker hatte im April 2024 um die Entlassung aus ihrem Dienstverhältnis gebeten. Als Grund führte sie in einem viel beachteten Interview mit dem WDR an, sie sei überhaupt nicht damit zufrieden, wie derzeit in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt werde.

Zitat Handelsblatt:

„Sie war die Staatsanwältin, die Steuerhinterzieher aus der Finanzindustrie am meis-

ten fürchteten. Dann bat Anne Brorhilker plötzlich um ihre Entlassung. Nun tritt ihr Vorgesetzter nach. Eine Justizaffäre nimmt ihren Lauf. (...) Deutschlands bekannteste Staatsanwältin in Sachen Steuerhinterziehung war nach Einschätzung ihres Vorgesetzten offenbar eine ziemliche Niete. ‚Inhaltlich unzulänglich‘, nennt Stephan Neuheuser, Chef der Staatsanwaltschaft Köln, die Arbeit von Anne Brorhilker. Ihre Berichtsentwürfe seien ‚regelmäßig deutlich überarbeitungsbedürftig‘ gewesen. Schon Neuheusers Vorgänger habe mit Brorhilker sprechen müssen, weil sie ihr ‚obliegende zentrale Pflichten nicht erfüllte‘.

Neuheusers Worte stammen aus einer Antwort von Benjamin Limbach auf eine Anfrage an die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die FDP-Fraktion legte dem



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Orwells „Neusprech“ wissen wir, welche Rolle Sprachmanipulation spielt, um das Bewusstsein der Menschen zu beeinflussen. Es geht dabei um Sprachformen oder sprachliche Mittel, die so verändert werden, dass sie geeignet sind, die wirklichen Ziele der Anwender zu verschleiern. Die Techniken dafür sind vielfältig. Eine besteht darin, die Bedeutung von Begriffen ins Gegenteil dessen zu verkehren, was eigentlich mit ihnen gemeint war. Nehmen wir zum Beispiel den Begriff „Fähigkeit“. Er klingt positiv und meint ja im Prinzip etwas Positives. Im Militärjargon, der inzwischen auch in den Medien angekommen ist, heißt Fähigkeit aber alles Mögliche, was zur Führung eines Krieges notwendig ist – vor allem Waffensysteme, Tötungsmaschinen, Vernichtungsmittel. Sie als das zu benennen, was sie sind, wäre gefährliche Aufklärung, Unterminierung der Kriegstüchtigkeit, die der Verteidigungsminister angesichts der Bedrohung aus dem Osten einfordert. Also werden sie einfach als Fähigkeiten bezeichnet.

Wenn nun plötzlich eine „Fähigkeitslücke“ – auch so ein Kunstwort – entdeckt wird, muss nachgerüstet werden. So wird die geplante, von Kanzler Scholz *par ordre du mufti* zugesagte Aufstellung neuer, hyperschneller und punktgenauer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland begründet. Keine Rolle spielt dabei, dass diese Lücke nur hypothetisch ist, weil die NATO um ein Mehrfaches den russischen Streitkräften überlegen ist, das „Gleichgewicht des Schreckens“ immer noch gilt und mit den neuen Raketen eine weitere, gefährliche Runde des Wettrüstens eingeleitet zu werden droht.

Schließlich geht es auch um geostrategische Interessen und nicht zuletzt um die Interessen der Rüstungsindustrie. Deren Profitspanne ist seit dem Beginn des Ukrainekriegs enorm gewachsen. Auch Deutschlands Rüstungsschmieden verdienen kräftig mit. So vervierfachte sich der Marktwert der Rheinmetall AG seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022.

Selbst wenn das Geschäft mit Panzern und Granaten ganz legal ist, könnte man es – unter humanitären und menschenrechtlichen Gesichtspunkten – als eine kriminelle Form der Kapitalverwertung verstehen.

Mit den besten Grüßen

Redaktion BIG Business Crime

NRW-Justizminister von den Grünen am 23. November 2023 einen 25-seitigen Fragenkatalog vor. Hintergrund war ‚das beherrschende rechtspolitische Thema in Nordrhein-Westfalen‘, schrieben die Abgeordneten Henning Höne, Marcel Hafke und Werner Pfeil: die Aufarbeitung der Steueraffäre Cum-Ex, in der Brorhilker federführend ermittelte.“

Der Staatsanwältin wurde schon zuvor das Leben schwer gemacht. Justizminister Benjamin Limbach (Bündnis 90/Die Grünen) hatte im September 2023 angekündigt, Brorhilkers Abteilung aufzuspalten. Die Hälfte ihrer Fälle sollte sie an einen Kollegen abgeben, dem allerdings die Expertise in Steuerstrafsachen fehlte. Nach öffentlichen Protesten revidierte der Minister seine Entscheidung.

Zitat Handelsblatt:

„Die Abgeordneten fragten nun, wie Limbach überhaupt auf die Idee kommen konnte, seine eigene Koryphäe in Sachen Cum-Ex zu demontieren. Denn alles schien doch auf bestem Weg. Brorhilker hatte Steueranwalt Hanno Berger hinter Gitter gebracht, einen der größten Strippenzieher in der Cum-Ex-Affäre. Mit seiner Revision scheiterte Berger vor dem Bundesgerichtshof. Auch gegen mehrere Manager der Privatbank M.M. Warburg hatte Brorhilker Schuldsprüche erreicht.

Aktuell lief der Prozess gegen den Eigentümer Christian Olearius, dessen Nähe zum heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz den Cum-Ex-Skandal bis ins Kanzleramt trug. Im Frühjahr 2024 folgten in Bonn weitere Schuldsprüche. Das Gericht verurteilte zwei Londoner Investmentbanker zu mehrjährigen Haftstrafen. Außerdem traf es Yasin Qureshi, geständiger Ex-Vorstand der Varegold Bank.“

Die Zahlen, so führt das Handelsblatt aus, würden für sich sprechen. „Allein mit den Erkenntnissen aus ihren Ermittlungen und den Informationen der Whistleblower konnten Staatsanwaltschaft Köln und Steuerbehörden 2016 schon Steuern in dreistelliger Millionenhöhe zurückholen und weitere Auszahlungen durch das Bundeszentralamt für Steuern unterbinden. Brorhilkers Cum-Ex-Projekt ist keine Belastung für die Behörden. Es ist ein Profit-Center.“

Während der Ermittlungen Brorhilkers klagte die Staatsanwaltschaft Köln 16 Männer und eine Frau an. Alle Angeklag-

ten wurden verurteilt, teils zu hohen Haftstrafen. „Kein Ermittler hat eine bessere oder auch nur vergleichbare Bilanz“, resümiert das Handelsblatt. Der frühere SPD-Bundesvorsitzende Norbert Walter-Borjans nannte Brorhilker gar einen „Leuchtturm in der Bekämpfung organisierter Steuerkriminalität“. Auch international wurde die Arbeit der Staatsanwältin bewundernd zur Kenntnis genommen. Andere Kenner ihrer Arbeit werten ihre nachträgliche Demontage schlicht als Unverschämtheit. Das sei üble Nachrede, eine Schmutzkampagne, sagte etwa der ehemalige NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU). Stefan Weismann, Präsident des Landgerichts Bonn, bestätigte, dass Brorhilker eine Top-Ermittlerin gewesen sei und ihre Arbeit in der Sache hervorragend. Sven Wolf (SPD), Mitglied des Rechtsausschusses im NRW-Landtag, hält den Abgang Anne Brorhilkers für ein „ganz schlechtes Signal“, denn sie habe diese Behörde zuvor „zur Speerspitze im Kampf gegen Steuerkriminalität“ gemacht.

Erstaunlich erscheint deshalb, dass die Antworten des Justizministeriums auf die Anfrage der FDP im NRW-Landtag von einer auffälligen Geringschätzung Brorhilkers seitens ihres Vorgesetzten zeugen. Denn zur Beantwortung der Fragen der Parlamentarier ließ sich Justizminister Limbach nach eigenen Angaben von dem Leiter der Staatsanwaltschaft Köln informieren. Der „zeichnete von Brorhilker das Bild einer Minderleisterin“.

Zitat Handelsblatt:

„Schriftsätze aus ihrer Abteilung seien ‚oft unvollständig und unklar‘ gewesen, berichtete Neuheuser an Limbach. Er habe ‚einen Verwaltungsvorgang eingesehen‘ und erfahren, ‚dass diese Schwächen bereits länger bestanden‘. Brorhilkers Berichte hätten ein Verständnis für die Besonderheit der Cum-Ex-Verfahren vermissen lassen. Sie sei ‚in dringenden Fällen‘ kurzfristig nicht erreichbar gewesen. Vielmals hätte Brorhilkers Vertreterin die Kastanien aus dem Feuer holen müssen.“

Nachforschungen in der Finanzbranche, der Politik und in der Justiz ergeben für die Redakteure des Handelsblatts „das Bild einer Schlangengrube“. Jahrelang sei Brorhilker von ihrer eigenen Behörde und dem übergeordneten Justizministerium behindert und ange-

feindet worden. „Ihre ärgsten Feinde“, zitiert das Blatt einen Insider, „waren selbst Staatsanwälte und Ministerialbeamte.“

Sönke Iwersen äußerte sich in einem Handelsblatt-Kommentar vom 1. September 2024 zur Rolle der Politik:

„Vor ein paar Tagen rief ich im Büro von Thomas Kutschaty an, dem NRW-Justizminister von 2010 bis 2017. Ich suchte Stellungnahmen zum Steuerskandal aus seiner Amtszeit. Es gab keine. Sein Sprecher schrieb mir, Cum-Ex sei damals ‚kein großes Thema gewesen‘. (...) Milliarden gingen durch Cum-Ex verloren. NRW war die Speerspitze in den Ermittlungen, die Zeitungen berichteten landauf, landab. Der Justizminister nahm davon keine Notiz. (...) Ab April 2018 war Kutschaty SPD-Vorsitzender in NRW. Einmal der Verantwortung enthoben, wusste er gleich, wie es besser ging. Im Mai 2020 berichtete das Handelsblatt über drohende Verjährungen bei der Aufarbeitung des Cum-Ex-Skandals. Respektlos sei das gegenüber den Ermittlern, sagte Kutschaty als Oppositionsführer. Das Desinteresse der Landesregierung käme fast der politischen Beihilfe zum Steuerbetrug gleich. (...) Die Doppelzüngigkeit von SPD-Mann Kutschaty ist mir genauso zuwider wie die Trägheit der CDU-Größen Stefan Mappus und Wolfgang Schuster. Sie saßen in Aufsichtsgremien der Landesbank Baden-Württemberg, als dort Cum-Ex-Geschäfte liefen. Wolfgang Kubicki von der FDP geißelte als Oppositioneller Cum-Ex-Geschäfte ‚ohne jeden Zweifel als Steuerhinterziehung‘. Dann vertrat er als Anwalt Hanno Berger und bezeichnete Ermittlungen gegen seinen Mandanten als ‚Gesinnungsstrafrecht‘. Für das Ende der erfolgreichsten Staatsanwältin in Sachen Cum-Ex ist ein Grüner verantwortlich: NRW-Justizminister Benjamin Limbach.“

Quellen:

Sönke Iwersen/Volker Votsmeier: „Wie Deutschlands erfolgreichste Staatsanwältin demontiert wird“ Handelsblatt (Online) vom 5. September 2024

Sönke Iwersen: „Kommentar: Zwischen Gier und Macht – eine Abrechnung mit dem-Cum-Ex-Skandal“, Handelsblatt (Online) vom 1. September 2024

The Line“, oft als „futuristische Megastadt“ bezeichnet, bildet das Prestigeprojekt und Kernstück des saudischen Zukunftsprogramms „Vision 2030“, mit dem Kronprinz Mohammed bin Salman nichts weniger als eine „zivilisatorische Revolution“ auf den Weg bringen will. Gemeint sind gesellschaftliche, wirtschaftliche und infrastrukturelle Zielvorgaben, zu denen auch das gigantische Siedlungsprojekt im Nordwesten des Landes gehört – als Teil des noch größeren Bauvorhabens „Neom“.

Veranschlagt auf 500 Milliarden Dollar soll Neom, so die Planung, eine Region fast so groß wie Belgien umfassen und neben dem Skiresort Trojena, dem Industriestandort Oxagon und der Luxusinsel Sindalah eine Stadt der Superlative als eigentliches Herzstück aufbieten: „The Line“. Konzipiert auf eine Länge von 170 Kilometern und mit gerade einmal 200 Meter Breite beginnt sie am Roten Meer und führt – wie mit dem Lineal gezogen – ins Landesinnere. Zwei gegenüberliegende Reihen von 500 Meter hohen verspiegelten Wolkenkratzern sollen sich künftig horizontal in die Wüste erstrecken. Die ursprüngliche Planung sah die Fertigstellung der futuristischen Stadt für das Jahr 2040 vor, bewohnt von neun

Neom

Projekt für einen entfesselten Kapitalismus

von Joachim Maiworm

Millionen Menschen – auf nur 34 Quadratkilometern, nicht mehr als einem Zehntel der derzeitigen Fläche von München. Das öffentliche Leben spielt sich in der Vorstellung der Planer in der engen, aber begrünten „Schlucht“ zwischen den beiden Hochhausreihen ab. Obwohl das Projekt von vielen Kritikern als reines Fantasieprodukt verhöhnt wurde, sollen im Februar dieses Jahres von der Projektleitung veröffentlichte Luftaufnahmen bereits erste Baufortschritte zeigen.

Mittlerweile wurden die ambitionierten Pläne von der saudischen Regierung jedoch massiv zurückgeschraubt. Statt 1,5 Millionen Menschen, die bis zum Jahr 2030 „The Line“ beziehen sollten, wird nach neuen Berichten wohl mit

nicht mehr als 300.000 Bewohner:innen kalkuliert. Auch sollen bis dahin voraussichtlich nur etwa zweieinhalb Kilometer der Anlage fertiggestellt werden – allerdings wäre es immer noch die größte linear gebaute Stadt, die es je gab.

Das Leben in „The Line“ soll zu einhundert Prozent klimaneutral sein: mit Solarstrom, Windkraft, und überhaupt den neuesten Technologien, aber ohne motorisierten Individualverkehr. Damit würde die Megacity als Monument des postfossilen Zeitalters gelten und unterstreichen, dass das Königreich die Abhängigkeit vom Erdölexport beenden und die Wirtschaft des Landes vollständig umbauen will, um wettbewerbsfähig zu werden. Damit es aber gelingt, die Wirtschaft in nur wenigen



Jahren weitreichend zu diversifizieren und auf High-Tech-Standard zu bringen, müssen weltweit und massiv Investoren und qualifizierte Arbeitskräfte angelockt werden (auch als Bewohner von „The Line“). Die geplante Transformation setzt deshalb eine – wenn auch territorial sehr begrenzte – Öffnung des Landes samt gesellschaftlicher Liberalisierung voraus.

Kritische Stimmen haben jedoch immer wieder betont, dass Neom keineswegs als ökologisches Vorzeigeprojekt gelten kann. Denn mit den Prinzipien von Nachhaltigkeit und Klimaneutralität habe es rein gar nichts zu tun. Allein der Bau von „The Line“ verschlinge Unmengen an Beton und Glas. Die dabei anfallenden CO₂-Emissionen würden mehr als das Doppelte von dem umfassen, was Deutschland derzeit pro Jahr ausstoße.

Auch entstehe das Megaprojekt nicht im Niemandsland – wie es die offizielle Sprachregelung weismachen will. Geschätzt 20.000 Menschen aus lokalen Stämmen würden aus ihrer Heimat vertrieben. Ein lautstarker Kritiker der Zwangsumsiedlung wurde 2020 von saudischen Spezialkräften erschossen, mehrere Todesurteile erfolgten, drakonische Haftstrafen wurden wegen vermeintlichem Terrorismus erlassen: alles im vergangenen Jahr dokumentiert in einem UN-Report des Hochkommissars für Menschenrechte (vgl. Handelsblatt).

Die Arbeits- und Lebensbedingungen für die auf den Baustellen Arbeitenden sind offensichtlich auch völlig inakzeptabel. So werden zum Beispiel nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen in den Camps der Arbeitskräfte, die für jeweils 10.000 Menschen ausgelegt sind, Beschäftigte aus Indien und Pakistan in zu kleinen Wohnräumen eingezwängt. Experten halten die Situation vor allem der asiatischen Niedriglöhner für noch problematischer als beim Bau der Fußballstadien zur Weltmeisterschaft in Katar (vgl. Frankfurter Rundschau).

Daneben warnen Datenschützer vor einer dystopischen Überwachung in der auf KI setzenden Metropole. Denn die Datensammelwut in einem hochtechnologisierten Gebiet kann auch als Instrument für eine umfassende Überwachung durch staatliche Sicherheitsdienste eingesetzt werden.

Auch eine Reihe deutscher Unternehmen und Top-Manager mischen bei

dem Projekt im autokratisch regierten Wüstenstaat kräftig mit, weil sich dort – wie auch bei vielen anderen Modernisierungsprojekten – viel Geld verdienen lässt.

So berät Ex-Siemens-Chef Klaus Kleinfeld, von 2017 bis 2018 CEO von Neom, ganz offiziell den saudischen Herrscher und behielt den Posten auch nach dem grausamen Mord an dem Journalisten Jamal Khashoggi. Siemens bewirbt sich um Aufträge für die Konstruktion der Hochgeschwindigkeitsbahn; eine Tochter von Thyssen-Krupp ist am Bau der größten Wasserstofffabrik der Welt in der Neom-Region beteiligt. Die bayerische Bauer AG setzt in der ersten Projektphase riesige Betonpfähle in den Sandboden. Die Firma Volocopter GmbH aus Bruchsal wird Lufttaxis für „The Line“ liefern.

Das deutsche Architekturbüro Laboratory for Visionary Architecture (LAVA), das einen Teil von Neom entwirft, antwortete auf die Frage von Journalisten, wie es sicherstelle, dass es nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitrage: „Wir bauen kein Gefängnis dort, wir bauen auch kein Gerichtsgebäude (...) dann wäre man da direkt involviert.“ (Deutschlandfunk) Stattdessen entwerfe man Konzepte für Trojena, Neoms geplantes Naherholungsgebiet in den Bergen. In dem Bereich, für das LAVA arbeite, seien keine Menschenrechtsverletzungen bekannt. Und auch Thyssen-Krupp, Volocopter und Bauer bekräftigen auf Nachfrage: Man bekenne sich zu den Menschenrechten und prüfe, ob sie eingehalten werden. Offensichtlich mit dem Ergebnis, dass bislang keine Konsequenzen für das eigene Engagement zu ziehen sind (ebd.).

Um ausländische Investoren in Scharen anziehen und ihnen Rechtssicherheit in geschäftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht bieten zu können, soll in dieser Sonderwirtschaftszone das in Saudi-Arabien geltende und von der Scharia dominierte rigide islamische Recht nicht gelten – also alles weniger restriktiv ausfallen als im Rest des Landes. Der Journalist Marc Thörner sieht darin „den eigentlichen Clou“ und zitiert den deutschen Berater des saudischen Kronprinzen. Originalton Klaus Kleinfeld: „Und dann dürfen wir hier alles ausprobieren, ohne dass wir erst auf eine bestehende Infrastruktur Rücksicht nehmen müssen. Auch neue

Formen der Gesetzgebung: Wir haben die volle gesetzgeberische Autorität! Seine Königliche Hoheit, der Kronprinz hat uns aufgegeben: ‚Schreibt die Gesetze in der denkbar Investoren-freundlichsten Art und Weise. Und genau das passiert jetzt gerade, mit Hilfe zweier großer internationaler Anwaltskanzleien.‘“ (Deutschlandfunk) Die neue Megacity soll also nicht vom saudischen Staat, sondern von ihren Aktionären betrieben werden, von einer autonomen Regierung, deren Gesetze allein von den Investoren festgelegt werden.

Wie aber verhält sich die deutsche Regierung? Sie ist nach dem seit Januar 2023 geltenden Lieferkettengesetz verpflichtet, Firmen an Menschenrechtsverstößen zu hindern, sowohl an direkten als auch an indirekten, wenn diese etwa von anderen Firmen oder Auftraggebern entlang der Lieferkette begangen werden. „In diesem Fall wären das die auftraggebende Neom-Company oder der saudische Staat.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Seite 121) Die Frage, ob die deutsche Regierung das Lieferkettengesetz respektiert, beantwortet Marc Thörner mit Verweis auf ein Gespräch mit Lamya Kaddor (Die Grünen), stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss: „Das Thema Neom fällt für sie unter das Oberthema Klimaschutz. Und der ist aus ihrer Sicht eine globale Angelegenheit von allergrößter Dringlichkeit. Wenn Deutschland diese grüne Transformation positiv begleiten könne, sollte es das tun. ‚Auch bei schwierigen Partnern.‘ Hinzu komme noch, ‚dass diese Länder am Golf, insbesondere auch Saudi-Arabien, auch geopolitisch eine immer wichtigere Rolle spielen.‘“ (Ebd., Seite 124)

Quellen:

Thoralf Clevén: „Megacity Neom: Gigantomanie im Wüstensand“, Frankfurter Rundschau (Online) vom 5. Januar 2023

Anna Gauto: „Neom-Projekt für deutsche Firmen lukrativ – aber auch sauber?“, Handelsblatt (Online) vom 20. Februar 2024

Knut Mellenthin: „Megastadt in der Wüste“, junge Welt (Online) vom 29. Juni 2024

Marc Thörner: „Blut, Sand und Beton“, Deutschlandfunk/WDR, Erstsendung am 20. Februar 2024

Ders.: „Megacity Neom: Saudi-Arabiens archaischer Futurismus“, Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2024

Mexikanische Gemeinde kämpft gegen die Mafia

von Joachim Maiworm

Während das gigantomanische Eliteprojekt Neom in der Wüste Saudi-Arabiens als angebliches Nachhaltigkeitsprojekt weltweit um Investoren wirbt, wehrt sich seit über 13 Jahren ein mexikanisches Städtchen konsequent gegen die organisierte Kriminalität und die ungebremste Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Bis zum 15. April 2011 war die von indigenen Purépecha bewohnte Stadt Cherán mit knapp 16.000 Einwohnern ein Brennpunkt der Gewalt. An diesem Tag aber stellten sich die Bewohner erfolgreich gegen das organisierte Verbrechen – und die mit ihnen verbandelten korrupten politischen Parteien. Sie warfen beide kurzerhand aus ihrer Stadt. Cherán liegt in Michoacán im Südwesten des Landes, einem der am stärksten von Kriminalität und Gewalt betroffenen Bundesstaaten Mexikos. Die organisierte Kriminalität kontrolliert dort vor allem den Drogenanbau und den illegalen Holzhandel. Seit einem hauptsächlich von Frauen organisierten Aufstand verwaltet sich die Gemeinde selbst und ist seitdem von den Drogenkartellen und den desaströsen Waldrodungen weitgehend verschont geblieben.

Zwischen 2008 und 2011 kamen immer mehr illegale Holzfäller in den Ort, um unter dem Schutz eines berüchtigten Drogenkartells die Wälder in der Umgebung zu roden. Die Gemeinde verlor in den drei Jahren über 7.000 Hektar Wald und lebte wegen Entführungen, Morden und Schutzgelderpressungen ständig in einem Klima der Angst.* Dabei verstärkte die Untätigkeit der Behörden bei den Menschen den Eindruck, dass Regierung und organisierte Kriminalität an einem Strang zögen und kaum noch zu unterscheiden seien (vgl. Welch Guerra, Deutschlandfunk).

Spontane Revolte

Das Vertrauen in die Politik schwand zunehmend, führte vor 13 Jahren aber überraschend zur Revolte:

„Mitte April 2011 will Doña Chepa nicht mehr länger dem Niedergang ihrer Gemeinde zusehen. Als es heißt, die Holzfäller hätten inzwischen eine für die Indigenen sakrale Wasserquelle im Wald erreicht, entscheidet sie sich zu handeln. Mit anderen Frauen aus der Nachbarschaft verabredet sie sich früh morgens vor der Kirche, um die kleine Straße zu blockieren, die zur Quelle führt. „Dann mussten wir nur noch die Kirchenglocken läuten und Böller abschießen, dann waren alle wach.“

Dann, erzählt sie, geht alles ganz schnell. Immer mehr Nachbarinnen und Jugendliche schließen sich dem spontanen Aufstand an. Fünf Holzfäller werden entwapnet, verprügelt und in der kleinen Kirche eingesperrt. Ein Versuch des Kartells in Zusammenarbeit mit der Polizei, die gefangenen Holzfäller zu befreien, kann wie durch ein Wunder mit Böllern und Steinen verhindert werden. Es gibt Tote und Verletzte.

In Rage setzen die Bewohner mehrere der Holztransporter in Brand – kurz darauf flieht der korruptierte Gemeindepräsident. Aus Angst vor Racheakten bauen die Bewohnerinnen an allen Ortseingängen Barrikaden.“ (Welch Guerra, Deutschlandfunk)

Rätedemokratie

Überall in der Stadt wurden so genannte Feuerstellen errichtet, an denen Tag und Nacht gekocht, diskutiert und Aktionen koordiniert wurden. Es folgte ein fast einjähriger Belagerungszustand. Die Feuerstellen als soziale Instanzen gibt es bis heute. Auf zwischenzeitlich knapp 200 angewachsen erhielten sie eine zentrale Bedeutung für die Verwaltung der Gemeinde, denn hier lernen sich die Menschen kennen und entsenden auf direktdemokratischem Weg Vertreter:innen in die wöchentlichen Stadtteilversammlungen. Zu Beginn, im Ausnahmezustand

von 2011, wurden radikale Entscheidungen getroffen. Alle Parteien, Wahlen und Behörden wurden aus der Stadt verbannt und ein lokales Sicherheitssystem (Bürgerwehren) eingerichtet. Die neue Regierungsform basiert dabei auf einer Rückbesinnung auf die basisdemokratische Purépecha-Kultur, das heißt einer „Re-Ethnifikation“. Vor dem Aufstand, berichtet der Soziologe Victor Santillán, hätten sich die Menschen aus Cherán nicht als Indigene identifiziert. Erst der positive Bezug auf die indigenen kommunalen Traditionen habe demnach den sozialen Zusammenhalt entscheidend gestärkt (vgl. Osswald, Neues Deutschland).

Die mexikanische Verfassung erlaubt theoretisch diese Möglichkeit der Selbstbestimmung, wenn eine Gemeinde mehrheitlich indigen ist. Cherán versuchte denn auch schon früh, ihre Autonomie gegenüber dem Staat Mexiko rechtlich durchzusetzen. Praktisch wurde dieses Recht jedoch nie realisiert. Erst nach langen rechtlichen Auseinandersetzungen konnte sich Cherán im Jahr 2014 vor dem Verfassungsgericht durchsetzen und wurde so als erste selbstbestimmte indigene Gemeindeverwaltung Mexikos anerkannt (vgl. Welch Guerra, Neues Deutschland).

Kurz zur Regierungsform: Das wichtigste Organ des rätedemokratischen Systems bildet der Oberste Rat. Alle drei Jahre findet ein Austausch der Ratsmitglieder statt, um einer Machtkonzentration vorzubeugen. Daneben bestehen weitere Räte, wie etwa ein Jugendrat, ein Ältestenrat, ein Rat der Frauen, ein Bildungsrat oder ein Rat der Gemeingüter. Alle werden an ihren jeweiligen Feuerstellen nominiert und anschließend auf Stadtteilversammlungen gewählt.

Wer spricht Recht?

Cherán gilt als eine der sichersten Städte in Mexiko, seit deren Einwohner ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände

genommen haben. Schwere Verbrechen wie Morde und Entführungen konnten entscheidend reduziert werden. Wer aber spricht in der selbstverwalteten Gemeinde Recht?

„In den ersten Tagen des Aufstandes gelingt es nur knapp zu verhindern, dass sich die über Jahre aufgestaute Wut in Lynchmorden an den gefangen genommenen Holzfällern entlädt. Aber Selbstjustiz darf es nicht geben. Für Juan Manuel Rojas, der selbst drei Jahre im Ältestenrat war, ist die Frage von Recht und Gerechtigkeit eine der größten Herausforderungen für die Gemeinde. „Alle Familien hier kennen sich. Es ist deshalb schwierig, Gerechtigkeit walten zu lassen, ohne dass bei Menschen Ressentiments entstehen. Und wenn man dann irgendwann nicht mehr an der Macht ist, dann kann das Konsequenzen haben. Kleinere Delikte können wir meistens durch Vermittlung lösen, doch bei Kapitalverbrechen wie einem Mord müssen wir uns an externe Institutionen wenden.““ (Welch Guerra, Deutschlandfunk)

Die Sicherheitsfrage

Die Frage, wie die Sicherheit in der von außen bedrohten Kleinstadt gewährleistet werden kann, stellt die Gemeinde grundsätzlich und permanent vor Probleme. Da der mexikanische Staat angesichts der Versuche mächtiger Drogenkartelle, in Michoacán die Vorherrschaft zu gewinnen, nicht für Sicherheit sorgen konnte oder wollte und kaum Interesse an den Opfern des Drogenkriegs in Cherán gezeigt hatte, mussten die betroffenen Menschen selbst aktiv werden. Die Gemeinde zeigt sich bis heute wehrhaft: So patrouillieren neben den bewaffneten Kontrollposten an den Ortseingängen Waldwächter mit Maschinengewehren und in Pick-ups die Umgebung, um illegale Holzfäller abzuschrecken.

Cherán verfolgt trotz der Selbstorganisation also durchaus einen pragmatischen Kurs und kooperiert in Sicherheitsfragen zum Teil mit der Landes- und der Bundespolizei – und unterscheidet sich damit erkennbar von Autonomieprojekten wie den Zapatistas im Süden Mexikos.

Kein Paradies

Nach Auffassung des seit zehn Jahren über Cherán forschenden Victor Santillán hat jedoch trotz Autonomie eine gewisse Politikmüdigkeit eingesetzt. Danach nimmt die Zahl der Treffpunkte

(Feuerstellen) ab und die Bürgerbeteiligung sinkt. Die Identifikation als Cheráner und damit die Basis des politischen Engagements sei gefährdet, so Santillán, weil vorerst die Unsicherheit nach dem Aufstand die Menschen zusammenschweißt hätte. Der Soziologe wendet sich deshalb gegen die idealisierte Vorstellung, Cherán sei ein autonomes Paradies. Er nennt es eine „partielle Utopie“ (Osswald, Frankfurter Rundschau). Trotz der kritischen Entwicklung gebe es schließlich zwei Dinge, über die nach wie vor Konsens bestehe: „Nein zu Narco, also der organisierten Kriminalität, und Nein zu politischen Parteien.“ (Osswald, Neues Deutschland)

Mit dieser Parole trifft die kleine mexikanische Gemeinde offenkundig den Kern des Problems. Denn auch kritische Wissenschaftler:innen, die sich mit indigenen Lebensformen beschäftigen, vertreten schon lange die These: Übernimmt eine Gemeinde die Kontrolle über ihr Territorium, weil sie keiner staatlichen Institution mehr vertraut, geht die Kriminalität zurück (vgl. Wolf-Dieter Vogel).

Das Modell Cheráns hat jedenfalls weitere indigene Gemeinden im Bundesstaat Michoacán motiviert, nicht nur über alternative Formen von Wirtschaft und politischer Organisation nachzudenken, sondern das Prinzip der Selbstverwaltung praktisch anzugehen.

* Der Journalist Moritz Osswald spricht von 70 Prozent der Wälder Cheráns, die zwischen 2006 und 2011 abgeholzt wurden. Ein großer Teil konnte wieder aufgeforstet werden (vgl. Osswald, Frankfurter Rundschau).

Quellen:

Paul Welch Guerra: „Wie eine kleine Stadt die Drogenmafia besiegt“, Deutschlandfunk vom 24. August 2023 (Erstsendung am 22. Februar 2022)

Ders.: „Elf Jahre Rätedemokratie in Cherán“, Neues Deutschland (Online) vom 29. April 2022

Moritz Osswald: „Die Stadt der Mutigen“, Frankfurter Rundschau vom 3./4. August 2024

„Wahlen in Mexiko: ‚Nein zum Narco, Nein zu Parteien‘“, Interview von Moritz Osswald mit dem Soziologen Victor Santillán, Neues Deutschland (Online) vom 28. Mai 2024

Wolf-Dieter Vogel: „Aus der Schockstarre erwacht“, in: Anne Huffschild u. a.: Narco-Zones. Entgrenzte Märkte und Gewalt in Lateinamerika, Hamburg 2012, Seite 134

Ein Blick aus dem dünnen Glasfenster des Reisebusses, der von Uruapan nach Cherán fährt, lässt keinen Zweifel: Hier regiert das Organisierte Verbrechen. In der Gemeinde Paracho prangen in hellblauer Farbe auf weißer Wand vier Lettern, CJNG. Sie stehen für das *Cártel Jalisco Nueva Generación* (Jalisco-Kartell Neue Generation). In Mexiko ist das Jalisco-Kartell eine der mächtigsten Gruppierungen. Die Bevölkerung kennt sie als die ‚vier Buchstaben des Terrors‘. Dabei ist der Begriff ‚Kartell‘ eine Eigenbezeichnung – und längst überholt. Kriminelle Gruppen wie das CJNG sind mittlerweile transnationale Mafia-Organisationen, in über 50 Ländern aktiv. Ihre Tentakel reichen bis nach Europa, wo Kokain nach Spanien geschifft wird, Geld in Albanien gewaschen. Zur Profitmaximierung ist jedes Mittel recht: Ihre Mitglieder erpressen, entführen, morden, foltern, vergewaltigen, zerstückeln, lösen ihre Opfer in Säure auf. Es ist auch kein Zufall, dass gerade die Avocado-Region betroffen ist.

Der Bundesstaat Michoacán ist die Wiege des mexikanischen Drogenkriegs. 2006 schickte der Ex-Präsident Felipe Calderón die Armee dort als erstes in den Kampf gegen die Drogenmafia. Knapp 18 Jahre später hat sich die Situation kein bisschen entspannt. Alleine in der sechsjährigen Amtszeit des scheidenden Staatsschefs Andrés Manuel López Obrador musste Mexiko nach offiziellen Daten über 191.000 Morde verzeichnen. Das CJNG treibt Menschen mittels gezielter Drohnenangriffen aus ihren Dörfern. Migrant:innen abkassieren, Zwangsprostitution, Erpressung: Es sind nichts als kapitalistische Kreuzzüge. Doch all diese Gewalt erfüllt einen Zweck. Sie sind nicht willkürlich oder zufällig.

Die Drogenkartelle verdienen ihr Geld längst nicht mehr nur durch Drogen. Sie imitieren Großkonzerne der legalen Wirtschaft: Diversifizierung, Franchising, den Markt dominieren. Mexiko versorgt rund 45 Prozent des Weltmarkts mit Avocados, ist der größte Exporteur überhaupt. Die meisten Früchte kommen aus Michoacán. Durch das Roden der Waldflächen profitiert die Mafia doppelt: Das illegal gefällte Holz kann verkauft werden, die gerodeten Flächen entweder für den Bau klandestiner Drogenlaboratorien oder den Anbau legaler Produkte wie Avocados genutzt werden. So kann Geld gewaschen werden, da legale und illegale Ökonomien verschmelzen.

Auszug aus **Moritz Osswald**: „Die Stadt der Mutigen“, Frankfurter Rundschau vom 3./4. August 2024

Schlägereien in Parlamenten

von Gerd Bedszent

Parlamentarismus als Regierungsform wird meist als gewaltfrei und demokratisch dargestellt. Eine Betrachtungsweise, die man gelegentlich hinterfragen sollte – auch wenn man repressive Diktaturen vom Grundsatz her ablehnt.

Kürzlich veröffentlichte ein linker Kleinverlag eine Dokumentation in Buchform zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen parlamentarischer Debatten. Tatsächlich hatten sich – wie nachgewiesen – während der letzten Jahrzehnte in nicht wenigen sich demokratisch gebenden Staaten gewählte Volksvertreter wüste Schlägereien geliefert, nicht selten kombiniert mit Eierwürfen und Tränengasangriffen auf politische Gegnerinnen und Gegner. Das Buch dokumentiert 73 solcher Fälle ausführlich – angefangen mit einem sehr frühen Gewaltakt im Jahr 44 v. u. Z., als im Römischen Senat eine Handvoll Senatoren mit Messern auf den Militärdiktator Julius Cäsar einstachen. Bis dann hin zu einem aktuellen Fall im Frühjahr 2024, als im georgischen Parlament die Rede eines Abgeordneten in eine Prügelorgie mündete.

Wie der Autor an einer Stelle meint, habe Gewalt in Parlamenten ihre Hauptursache in unfairer Verteilung der Parlamentssitze. Auch seien junge Demokratien für Gewalt zwischen Parlamentariern besonders anfällig. Schlägereien zwischen Parlamentariern seien zudem ein deutliches Zeichen dafür, dass das Parlament tatsächlich Macht besitzt, es sich also wirklich um eine Demokratie handle. Eine durchaus fragwürdige These. Schließlich sind Schlägereien doch zumeist politischer Ausdruck von Verteilungskämpfen. Sind Verteilungskämpfe, wenn sie denn gewaltsam ausgegossen werden, von ihrem Ergebnis her sozial gerechter? Oder nachhaltiger? Oder friedlicher?

Im Buch wird leider nicht behandelt, wie es überhaupt zur Herausbildung des bürgerlichen Parlamentarismus kam. Hier also eine Ergänzung: Seine Wurzeln hat dieser in den Ständevertretungen der

feudalen Gesellschaften Mittel- und Westeuropas. Steckte der jeweilige feudale Potentat damals in finanziellen Schwierigkeiten (zumeist wegen ausstehender Bezahlung von Kriegskosten), wurde von den jeweiligen Landständen als Vertreter der beherrschten Bevölkerungsgruppen (Adel, Geistlichkeit sowie freie Bauern und Bürger) Geld gefordert – meist wurden den betreffenden Ständen dann als Gegenleistung Privilegien gewährt.

In dem Maße, wie diese eher rudimentäre Mitbestimmung von Bevölkerungsteilen im Zuge der schrittweisen Auflösung der Feudalgesellschaft nicht mehr funktionierte, eskalierten Auseinandersetzungen – einerseits zwischen den verschiedenen Ständen und andererseits zwischen der jeweiligen Ständevertretung und den jeweils herrschenden Potentaten. Letztere errichteten in Gestalt des spätfudalen Absolutismus nicht selten repressive Diktaturen – die dann oft in bewaffnet ausgegossenen Bürgerkriegen beseitigt wurden.

Hier einige Beispiele aus der Periode des westeuropäischen Frühkapitalismus:

Im Jahr 1642 begann in England ein militärisch ausgefochtener Machtkampf zwischen König und Parlament. Der Konflikt eskalierte anlässlich der Erhebung neuer Steuern zwecks Begleichung von Kriegskosten. Nach einem misslungenen Staatsstreich des Königs rüstete das Parlament eine eigene Armee aus, die im Bürgerkrieg siegreich blieb. Zunächst wurde der Throninhaber aufs Schafott geschickt; aus der angeblichen Volksherrschaft wurde jedoch sehr schnell eine Militärdiktatur. Unter Verantwortung von Lordprotektor Oliver Cromwell (1599-1658) besetzte diese Parlamentsarmee das damals katholisch-royalistisch kontrollierte Irland. Die englischen Soldaten plünderten und verübten eine Reihe von Massakern, die bis heute als Albtraumregime in der irischen Geschichtsschreibung nachwirken.

Ein weiteres Beispiel: Die Französische Revolution von 1789 bis 1799 begann

ebenfalls mit einer Finanzkrise. Das absolutistische Regime König Ludwigs XVI. war finanziell am Ende. Die königliche Verwaltung sah sich daher gezwungen, wieder einmal die Generalstände einzu-berufen und diese um Geld anzugehen.

Die Vertreter des „Dritten Standes“ (also des Bürgertums) pochten allerdings auf ein dauerhaftes Mitspracherecht bei der künftigen Politik und forderten unter anderem eine Aufhebung von Ständeschränken, die bis dahin die Reform der Staatsfinanzen und damit eine weitere Entwicklung des Frühkapitalismus massiv behinderten. Die Verabschiedung einer bürgerlichen Verfassung legte dann die Reste des absolutistischen Regimes hinweg. Die so installierten bürgerlichen Regierungen und deren Militär verantwortete allerdings nicht nur blutige Säuberungen der jeweiligen Volksvertretung – nicht wenige Parlamentarier hatte man damals entweder auf die Guillotine geschickt oder aber nach Übersee verbannt – es wurden auch Hungerrevolten der Bevölkerung zusammengeschoßen und zahlreiche europäische Nachbarländer militärisch besetzt und ausgeplündert.

Waren die Revolutionskriege damals Kriege zwischen Fortschritt und Reaktion? Eher nicht. Hauptgegner des zunehmend bürgerlich dominierten Frankreich war stets das bereits bürgerlich entwickelte England. Bürgerliche Regimes benehmen sich halt so, wie sich bürgerliche Regimes benehmen müssen: Sie konkurrieren zwangsläufig miteinander.

Die große Revolution der Franzosen endete bekanntlich im Jahr 1799 durch einen Militärputsch. General Napoleon Bonaparte ernannte sich selbst zum Ersten Konsul, später ließ er sich zum Kaiser krönen. Sein Versuch, die überlegene Konkurrenz Englands militärisch auszuschalten, endete allerdings im brennenden Moskau.

Was bringt das Buch also? Offensichtlich eine Reihe von Belegen dafür, dass auf die Gewaltexzesse bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft eine weitere Reihe von Gewaltexzessen bei Auflösung eben dieser Gesellschaft folgte und weiter folgen wird.

Benjamin Friedrich:

Schlägereien in Parlamenten,
Katapult Verlag, Greifswald 2024,
180 Seiten, 22 Euro
ISBN 978-3-948923-75-4

Die Mafia als Geschäftsbetrieb

von Reiner Diederich

Sandro Mattioli ist Journalist und Experte für die italienische Organisierte Kriminalität. Seit 2012 ist er Vorsitzender des Vereins *mafia-neindanke* in Berlin. 2018 haben wir ihn zur jährlichen Fachtagung von Business Crime Control eingeladen. Er referierte dort zum Thema „Die neue Mafia – am Beispiel der 'Ndrangheta“. Die kalabrische 'Ndrangheta ist derzeit eine der mächtigsten kriminellen Organisationen weltweit. Sie ist auch in Deutschland sehr aktiv. In seinem in diesem Jahr erschienenen Buch „Germafia“ beschreibt Mattioli ihre Strategien und ihren wachsenden Einfluss, der hierzulande bisher weitgehend unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit blieb.

Am Anfang seines Buches zitiert Mattioli den bekanntesten Antimafia-Ermittler Giovanni Falcone, der 1992 durch ein Bombenattentat ermordet wurde: „Die Mafia ist von Menschen geschaffen worden und wie alle menschlichen Dinge hat sie einen Anfang und sie wird folglich auch ein Ende haben.“ Mattioli teilt diese Sichtweise und diesen Optimismus nicht. Für ihn handelt es sich bei der Organisierten Kriminalität um eine „menschliche Konstante“. Damit ist klar, dass er sie eher nicht als etwas Systemisches und Systembedingtes versteht, sondern als normabweichendes Verhalten, wie es in allen gesellschaftlichen Verhältnissen vorkommt.

Dem entsprechend berichtet er in seinem Buch ausführlich und plastisch über einzelne Fälle und Figuren, über deren Motivationen und Charaktereigenschaften, über personelle Netzwerke und organisatorische Strukturen der Mafia in Deutschland. Die Verbindungen zur Politik und zur legalen Wirtschaft werden dargestellt oder wenigstens angedeutet, weil die Beweislage meist schwierig ist.

Seinem 2017 verstorbenen Kollegen Jürgen Roth, dem investigativen Bestseller-Autor und langjährigen Mitherausgeber der Zeitschrift BIG Business Crime,

der solche Verflechtungen aufgedeckt hat, erweist Mattioli seine Reverenz und schreibt in diesem Zusammenhang: „Über Verbrecher zu berichten, ist gefährlich. Über Politiker oder Unternehmer zu berichten, die mit Verbrechern kooperieren, noch gefährlicher“.

1969 gab es in Kalabrien eine klandestine Vollversammlung der 'Ndrangheta, auf der sich diejenigen durchsetzten, die von den angestammten kriminellen Aktivitäten wie Erpressung, Schutzgeld und Betrug wegkommen wollten, hin zu stärkeren unternehmerischen Aktivitäten. Sie wollten an staatlichen Projekten partizipieren und auch in andere Länder expandieren. „Kontakte zu nichtkriminellen Entscheidern waren dafür unverzichtbar und wurden von der Organisation angestrebt. Politiker rückten damit in den Fokus der Organisation.“

Das war der Beginn einer „neuen Mafia“, einer „mafia borghese“, wie sie in der Folge auch genannt wurde. Bei uns ist sie aus Gründen erfolgreich. In einem Bericht des „Spiegel“ hieß es am 8. April 2014: „Hunderte Mafiosi leben in Deutschland, nahezu ungestört machen sie ihre Geschäfte. Restaurants spielen für die mächtigen Clans dabei eine wichtige Rolle. Es geht um Millionensummen, um Geldwäsche im großen Stil – und manchmal auch um Mord.“ Die enormen Gewinne fließen „zur einen Hälfte in kriminelle Unternehmungen zurück, zur anderen Hälfte aber würden sie in legale Geschäfte investiert. Da es aber zwischen der legalen und illegalen Marktwirtschaft keine Grenzen gebe, würde die sogenannte bürgerliche Mafia ‚schleichend an Einfluss‘ gewinnen.“

Sandro Mattioli möchte mit seinem Buch vor dieser Entwicklung warnen. Er schreibt: „Es gibt in Deutschland kaum eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema, nicht in der Justiz, nicht in der Wissenschaft, nur äußerst selten in den Medien und schon gar nicht in der Politik,

von ein paar wenigen Personen abgesehen, die den Stab hochhalten.“ Man sei der Strategie der Unauffälligkeit auf den Leim gegangen.

Dabei habe sich die Gesamtzahl aller Mitglieder von Gruppen der italienischen Organisierten Kriminalität in Deutschland im Jahrzehnt bis 2022 mehr als verdoppelt, auf genau 1003 Personen. „Man muss sich nur mal vorstellen, was los wäre, wenn es sich nicht um Mafiosi handelte, sondern um radikalisierte islamistische Gefährder... Bei Mafia-Organisationen, die eben nicht einen Weihnachtsmarkt in die Luft sprengen oder Konzertbesucher erschießen wollen, sondern nur unsere wirtschaftliche und demokratische Grundordnung sabotieren und für sich ausnutzen sowie unseren Staat unterwandern wollen – da ist Gegenwehr offenbar nicht nötig.“

Mattioli wendet sich auch gegen eine vereinfachende und der Diskriminierung von Migrant:innen Vorschub leistende Betrachtung der sogenannten „Clan-Kriminalität“, die immer wieder von den Medien und von interessierten Kreisen hochgespielt werde. „Clan“ sei zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Es gelte zu differenzieren. Ein Mafioclan sei etwas anderes als eine aus Arabien stammende Großfamilie.

Mattiolis Buch endet mit dem Aufruf, zu verhindern, „dass wir Zustände bekommen wie in Norditalien, wo man die Mafia lange geleugnet hat und sie heute aus vielen Geschäftszweigen gar nicht mehr herausbekommt“.

Sandro Mattioli: *Germafia.*

Wie die Mafia Deutschland übernimmt. Ein Erfahrungsbericht.

Westend Verlag, Neu-Isenburg 2024,
364 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-86489-435-0

Impressum:

Herausgeber: Vorstand von
Business Crime Control e.V.

Redaktion:

Gerd Bedszent, Reiner Diederich,
Victoria Knopp, Joachim Maiworm

Redaktionskontakt:

big-redaktion@businesscrime.de

BIG Business Crime online:
www.businesscrime.de

Layout: Fabio Biasio